

E-Mail-Newsletter

Nr. 166, 1. Juni 2011

ca. monatlich | nächster Redaktionsschluss: 30. Juni

Übersicht über die Inhalte des Newsletters:

- **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**
Neues vom Flüchtlingsrat / Berichte aus den Regionen / Pressedoku / sonstige Informationen
- **2. THEMEN & INFORMATIONEN**
Informationen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik BaWü / BRD / EU
- **3. AKTUELLE TERMINE**
Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

Liebe Mitglieder, Förderer und Interessierte!

Mit diesem Newsletter schicken wir Ihnen wieder aktuelle Informationen über die solidarische Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg - und den ein oder anderen Blick über den Tellerrand hinaus. In besonderer Weise möchten wir Sie auf unsere nahende Plenumstagung am 16. Juli in Stuttgart hinweisen. Das Programm steht noch nicht ganz fest, aber so viel vorab: Als Hauptreferenten konnten wir Joseph Cassar vom [JRS \(Jesuiten-Flüchtlingsdienst\) Malta](#) gewinnen. Herr Cassar arbeitet seit vielen Jahren als Flüchtlingshelfer auf der Insel Malta, auf der auch in diesem Jahr wieder viele Menschen über das Meer angekommen sind und um Schutz ersucht haben. Während wir in diesem Sommer das 60-jährige Bestehen der Genfer Flüchtlingskonvention feiern können, wird uns Father Cassar die oft traurige und tödliche Realität europäischer Flüchtlingspolitik aus erster Hand vorstellen - aber auch das, was tatkräftige Hilfe im Namen der Menschenrechte bewirken kann.

Nachdem die neue Landesregierung nun im Amt ist, erwarten wir mit großer Spannung konkrete Änderungen, die sich auch aus den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag ergeben. Hierzu wollen wir die verschiedenen Veränderungen, die die neue Landesregierung auch im Bereich der Flüchtlingspolitik verspricht, diskutieren und das weitere Vorgehen besprechen. In Arbeitsgruppen und bei einem kleinen Podium, zu dem wir VertreterInnen der neuen Landesregierung einladen werden, geht es hierbei um die Themen Unterbringung, Sozialleistungen, Aufnahme von Flüchtlingen, Bleiberechtsregelung und jugendliche Flüchtlinge. Das endgültige Programm und die Online-Anmeldung für das Plenum stehen ab 15. Juni fest. Unsere Mitglieder bekommen dann per Post ein gedrucktes Programm, zusammen mit der Pro-Asyl-Broschüre zum Tag des Flüchtlings. Alle anderen können diese Materialien online auf unserer Webseite finden oder über unsere Materialseite bestellen. Wer es gerne automatisch zugeschickt bekommt, braucht nur Mitglied oder Fördermitglied zu werden, worüber wir uns sehr freuen würden und was natürlich das Netzwerk der Flüchtlingshilfe in Baden-Württemberg stärker macht.

Und in diesem Sinne: Viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters
Vorstand und Geschäftsstelle

1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Integrationsministerium übernimmt relevante Aufgaben im Flüchtlingsbereich

Seit 11. Mai ist die neue Landesregierung im Amt. Bereits im Koalitionsvertrag hat sie umfangreiche Änderungen auch in der Asyl- und Integrationspolitik in Aussicht gestellt. Konkrete Maßnahmen sind aber bisher noch nicht ergriffen worden. Wie zu erfahren war, ist jedoch zumindest schon eine Neuordnung der Zuständigkeitsbereiche im Gang. Als gesichert gilt, dass der ordnungspolitische Teil der asyl- und ausländerrechtlichen Zuständigkeiten beim Innenministerium verbleiben wird. Neuer Innenminister ist Reinhold Gall (SPD). Ein bedeutender Teil der flüchtlingspolitischen Themenbereiche wird aber auf das neu geschaffene Integrationsministerium unter Bilkay Öney (SPD) übergehen. Dazu gehören: Grundsatzfragen und Koordinierung der Ausländer-, Migrations- und Integrationspolitik; Aufnahme und

Eingliederung von Flüchtlingen und Spätaussiedlern; Härtefallkommission; Förderung und Integration bleibberechtigter Ausländer.



"Vor der Wahl und nach der Wahl - für die Rechte von Flüchtlingen" - aktueller Rundbrief des Flüchtlingsrats

Im Anfang Mai erschienenen aktuellen Rundbrief des Flüchtlingsrats informieren wir über die Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der Kampagne **gemeinsam** und dokumentieren unsere Stellungnahme zur Flüchtlingspolitik gegenüber der neuen Landesregierung. Außerdem werfen wir einen Blick auf die aktuellen Entwicklungen der Asyl- und Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene und haben aktuelle Kurz-Infos, Materialien und Termine zum Thema Asylpolitik und Flüchtlingshilfe zusammengestellt. Der Rundbrief kann in unserer Geschäftsstelle oder über unsere Materialbestellseite

angefordert werden - oder hier als PDF herunter geladen werden: [\[Übersicht über die Inhalte des Rundbriefs und Download-Möglichkeit\]](#)

gemeinsam für die Rechte von Flüchtlingen in Baden-Württemberg - Aktionen in den Landkreisen im Rahmen der Kampagne des Flüchtlingsrats!

Vor der Wahl und nach der Wahl: Mit zahlreichen Aktionen vor Ort wird die Kampagne des Flüchtlingsrats für die Verbesserung der Lage der Flüchtlinge in Baden-Württemberg fortgesetzt. Seit Anfang Mai gibt es an zahlreichen Orten Infoveranstaltungen, "runde Tische" und Informationsbesuche mit Presse und Politikern in Flüchtlingsunterkünften. Begonnen wurde am **2. Mai in Schwäbisch-Gmünd** mit einem erfolgreichen Fachgespräch an der Pädagogischen Hochschule. Vertreter der Stadtverwaltung, des Landratsamts und von Parteien setzten sich mit den gut vorbereiteten Positionen und Forderungen der Flüchtlinge, des Flüchtlingsrats und der lokalen BI gegen Fremdenfeindlichkeit / AK Asyl auseinander. Ein erster Erfolg: Die Stadt Schwäbisch Gmünd ist bereit, ihre Praxis der Gebührenerhebung für Residenzpflicht-Verlassensanträge zurückzunehmen. Allerdings will sie die sehr hohen Strafgebühren für Verstöße gegen die Residenzpflicht beibehalten. Am **7. Mai** informierten wir gemeinsam mit dem AK Asyl **Esslingen** in der dortigen Fußgängerzone. Am **14. Mai** gab es ein großes internationales Fest in der Fußgängerzone von **Kirchheim/Teck**. Um den 2008 gepflanzten Flüchtlingsbaum herum entspann sich ein buntes Programm aus Informationen und Redebeiträgen, Ausstellung, Essen und Live-Konzert. Die Hauptattraktion war ein von einer Baufirma gestellter Wohncontainer, der mit original Equipment ausgestattet die Wohnbedingungen für Flüchtlinge vor Augen führte. Am 30. Mai gab es wieder einen Infostand in der Reutlinger Innenstadt unter dem Motto "Selbstbestimmung für alle", bei dem die lokalen Forderungen gegenüber der Presse vorgetragen wurden. **Ausführliche Informationen über diese Veranstaltungen mit Dokumenten, Presseberichten und Fotos finden Sie hier: [\[Zu den ausführlichen Berichten über diese Aktionen\]](#)** Die Ankündigung der kommenden Veranstaltungen finden Sie unter "Aktuelle Termine"

Bericht vom Fachtag des Diakonischen Werks

Von Hanna Weil (Praktikantin beim Flüchtlingsrat):

Am 17. Mai folgten etwa 50 haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit tätige Menschen der Einladung des Diakonischen Werks Württemberg zum Fachtag. Der Vormittag stand ganz im Zeichen des Asylbewerberleistungsgesetzes und der neuen Bleiberechtsregelung... Am Nachmittag wurden verschiedene Projekte und Initiativen vorgestellt, die junge Flüchtlinge bei Arbeitssuche, Ausbildung, Schule und Studium fördern und beraten.. [Zum gesamten Artikel...](#)

Save-Me-Kampagne: Auch Waiblingen ist dabei / Forderung nach Aufnahme von Flüchtlingen an die Innenministerkonferenz

Wie die [Save-Me-Kampagne Waiblingen](#) mitteilt, hat der Gemeinderat der Stadt Waiblingen am 26. Mai einstimmig dem [Antrag von Save-Me-Waiblingen, \[pdf 348 kb\]](#) zugestimmt. Damit haben bislang acht Städte in Baden-Württemberg eine derartige Resolution verabschiedet (Heidelberg, Tübingen, Reutlingen, Ulm, Karlsruhe, Freiburg, Lörrach, Waiblingen). In einem [Schreiben an die am 20. Juni tagende Innenministerkonferenz](#) fordert der Flüchtlingsrat Berlin im Auftrag der Save-Me-Kampagne die Einrichtung

eines regelmäßigen Resettlementprogramms und die sofortige Aufnahme von Flüchtlingen aus Nordafrika. Die [Save-Me-Kampagne Freiburg](#) hat einen Brief an die Landtagsabgeordneten der Region geschickt, in dem ebenfalls diese Forderungen erhoben werden. Der Aussage der neuen Landesregierung, sich für Resettlement einzusetzen, sollten möglichst bald Taten folgen!

Flüchtlingsrat kritisiert Zustände in der Abschiebehafte Mannheim

Seit langem steht die Abschiebehafte Mannheim in der Kritik von Flüchtlingsorganisationen. Momentan sind dort ca. 35 Männer in provisorischen Containern eingesperrt, obwohl sie keine Straftäter sind. Lediglich für zwei Stunden Hofgang pro Tag dürfen sie ihre Zelle verlassen. Telefonieren ist nur einmal am Tag und Besuch von Angehörigen nur einmal die Woche erlaubt. Diese inhumanen Zustände scheinen nun endlich auch auf landespolitischer Ebene auf die Tagesordnung zu kommen. "Das ist ein Thema, allerdings sind wir momentan noch dabei, eine Prioritätenliste zu erstellen", sagt Andreas Schanze, der neue Sprecher des Innenministeriums. In einer Stellungnahme gegenüber der Presse formuliert Angelika von Loeper die Position des Flüchtlingsrats: "Grundsätzlich wäre es das Beste, wenn man die Abschiebehafte in Deutschland abschafft."

[Menschenrechtsgruppen fordern bessere Abschiebehaftebedingungen \[Boulevard Baden 23.05.11\]](#)

[Flüchtlingsrat kritisiert Abschiebegefängnis \[SWR 23.05.11\]](#)

Veröffentlichte Meinungen

- 07.04.2011, NWZ Göppingen: ["Zebra" hilft seit fünf Jahren Migranten](#) - Artikel zum 5-jährigen Bestehen der Beratungsstelle Zebra in Göppingen, die sich im Haus der GU Kanalstraße befindet.
- 18.04.2011, Stuttgarter Zeitung: ["Der traurige Krieger"](#) - Aus Anlaß von 60 Jahren Genfer Flüchtlingskonvention portraituren die Journalisten Frank Buchmeier und Robin Szuttor Flüchtlinge in Deutschland. Dieser Artikel über einen in der Nähe von Biberach lebenden Eritreer ist der dritte von sechs Beiträgen.
- 04.05.2011, Stuttgarter Zeitung: ["Eine Ministerin mit Migrationshintergrund"](#) - Relativ inhaltsleerer Artikel über die neue Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) und die Grünen-Chef Edith Sitzmann.
- 09.05.2011, Südkurier Konstanz: ["Ringeln mit Behörden beendet"](#) - Nach 16 Jahren Kampf haben die syrischen Staatsangehörigen Ali und Bian M. für sich und ihre Kinder eine Aufenthaltserlaubnis erreicht (Autorin: Claudia Rindt)
- 13.05.2011, SWR International: ["Akteure der Migrationsarbeit zur künftigen Integrationspolitik in BaWü"](#)
- Interviews mit Vertretern des Deutsch-Türkischen Forums und des Flüchtlingsrats BW.
- 16.05.2011, Stuttgarter Zeitung: ["Ein Licht in der Nacht"](#) - Teil IV der Reihe von Frank Buchmeier und Robin Szuttor. In diesem Artikel geht es über einen Flüchtling aus Vietnam.
- 27.05.2011, SWR International: ["Neue Integrationsministerin kontert Kritik"](#) - Nach der ersten Regierungserklärung von Winfried Kretschmann forderte der CDU-Chef Peter Hauk gleich den Rücktritt der neuen Integrationsministerin Bilkay Öney, obwohl diese erst ein paar Tage im Amt ist. Begründung sinngemäß: In BaWü sei eine weitere Integration von Migranten nicht nötig. Alles bestens. (Hörfunkbeitrag. Autor: Claus Heinrich)

Wenn in Ihrer Lokalzeitung ein interessanter Artikel erscheint, den wir vorstellen oder verlinken sollen, dann schicken Sie uns [diesen bitte zu](#) (als Link, PDF oder Papierkopie). Wir lesen regelmäßig die Stuttgarter Zeitung und die Südwest Presse (Tübingen), für weitere Abos reichen Geld und Zeit nicht.

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Wieder Rückgang der Asyl-Zugangszahlen!

Die Zahlen zeigen, dass an der medialen und politischen Panikmache über die neue „Asylwelle“ oder die drohende „Überflutung“ durch Flüchtlinge aus dem Balkanraum oder aus Nordafrika nichts dran ist. Von Januar bis März 2011 wurden in Deutschland 10.565 neue Asylantragsteller/-innen registriert, davon kamen

1.266 nach Baden-Württemberg. Damit liegt der monatliche Durchschnitt (422 Zugänge) bereits wieder deutlich unter dem des zweiten Halbjahrs 2010 (508, Monatsdurchschnitt 2010 gesamt: 396). Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stellt die Asylzahlen aber so dar, dass der Eindruck einer starken Zunahme entsteht: „Im März 2011 wurden 3.527 Asylerstanträge gestellt. Die Zahl der Asylbewerber stieg im Vergleich zum Vormonat um 237 Personen (7,2 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat März 2010 stieg die Zahl der Asylbewerber um 854 Personen (32 Prozent)“.

Fakt ist, dass die Anerkennungsquote zurückgegangen ist. Im März 2011 haben 1,4% eine Anerkennung nach Art. 16a GG erhalten, 12,8% eine Flüchtlingsanerkennung nach der Genfer Flüchtlingskonvention und 7,4% subsidiären Schutz nach § 60 2,3,5, oder 7. Das ist eine Schutzquote von 19,6%. Diese lag 2009 noch bei 33,8% (2010 20,6%) Die Haupt-Herkunftsländer sind aber dieselben geblieben: Afghanistan, Irak, Serbien, Iran, Syrien, Türkei, Russland, Kosovo, Pakistan, Mazedonien. Auch am prozentualen Anteil hat sich kaum etwas geändert, d.h. es spricht nach wie vor einiges für die These, dass mit gestiegenen Antragszahlen die Schutzquote sank bzw. gesenkt. wurde und nun weiter die Höhe der Antragszahlen politisch und medial problematisiert wird. Beitrag aus Rundbrief 01/2011. Quellen: www.bamf.de. Innenministerium BW.

Aktualisierung 30.5.11: Im April 2011 wurden 2.959 neue Asylanträge gestellt - ein Rückgang um 16,1% gegenüber dem Vormonat. In allen Industrienationen ist die Zahl der Asylanträge im Jahr 2010 wieder insgesamt stark gesunken, wie in einer aktuellen [UNHCR-Statistik](#) festgestellt wird.

Weitere Abschottung statt Aufnahme von Flüchtlingen aus Libyen

Seit Mitte Februar 2011 sind bereits mehr als 650.000 Menschen aus Libyen geflohen und suchen Schutz in den Nachbarländern. Allein Tunesien hat weit über 200.000 Menschen aufgenommen und humanitäre Hilfe geleistet. PRO ASYL und medico international haben sich Anfang März mit einem [Appell an die Bundeskanzlerin Merkel](#) gewandt: Die EU muss die Flüchtlinge retten und in Europa aufnehmen. Statt humanitärer Rettungsaktionen fordert Innenminister Friedrich die Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb der EU. PRO ASYL hat dies als „zynisches Spiel“ gebrandmarkt. Tausende in Libyen gestrandeter Transitflüchtlinge, die aus den Krisenländern Afrikas wie Eritrea, Somalia und Sudan stammen, kämpfen um ihr Überleben. Quelle: Pro Asyl Info vom 10. Mai 2011

Nachdem in der zweiten Maiwoche ein Boot mit 600 Passagieren vor Tripolis gesunken ist, wandte sich auch der UNHCR an die europäischen Staaten mit der dringenden Bitte, die Rettung von in Seenot geratenen Flüchtlingen zu verbessern. Am 11. Mai forderte der [UNHCR in einem Appell an die EU-Innenministerkonferenz](#), Resettlement-Aufnahmeplätze für schutzbedürftige Sub-Sahara-Flüchtlinge bereit zu stellen, die in Tunesien und Ägypten gestrandet sind - bislang ohne Erfolg. Der [Weltspiegel berichtete am 29. Mai](#) in einem Fernsehbeitrag über die fortgesetzte Praxis der Nicht-Rettung von Flüchtlingen auf dem Meer und die Lage der Flüchtlinge im UNHCR-Lager Choucha / Tunesien. Am 27. Mai gab es dort einen Aufstand in dem mit 4000 Menschen besetzten UNHCR-Lager mit mehreren Toten. Dabei kam es auch zu Angriffen auf UNHCR-Mitarbeiter und andere Flüchtlinge. Pro Asyl-Meldung: [Tunesien: Situation im Flüchtlingslager Choucha eskaliert](#) (25.05.11) Pro Asyl, Medico International und andere Organisationen fordern nun mit einem [Unterschriftenappell](#) die sofortige Aufnahme von Flüchtlingen aus diesen Lagern.

Flüchtlinge auf Malta brauchen Hilfe!

Wie der Jesuiten-Flüchtlingsdienst berichtet, sind in den letzten Wochen über 1.000 nordafrikanische Flüchtlinge in Malta angekommen. Bis vor kurzem befanden sich alle in Gefängnissen, wie das in Malta übliche Praxis ist. Nun wurden die „Verletzlichsten“, also Familien, unbegleitete Minderjährige und Behinderte in einen Flugzeughangar verlegt, in dem Zelte aufgestellt wurden. Aber es fehlt an Betten, Decken und Laken. Die Menschen frieren. Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst (JRS) Malta braucht dringend finanzielle Unterstützung, um Wolldecken und das Nötigste für Babies, Kleinkinder und deren Mütter kaufen zu können. Es wird um Spenden gebeten, die an den JRS Malta weitergeleitet werden: Jesuiten-Flüchtlingsdienst, Konto-Nr.: 6000 401 020, Pax-Bank eG, BLZ: 370 601 93. Kontakt: Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland (JRS), Fon 030 / 32 60-25 90, info@jesuiten-fluechtlingsdienst.de, www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de

Immer mehr Aussetzungen von Italien-Überstellungen!

In den vergangenen Wochen setzten immer mehr Verwaltungsgerichte Überstellungen im Rahmen der Dublin II-Verordnung nach Italien aus, zuletzt das VG Lüneburg am 23. Mai. Wesentliche Begründung: Die Kernanforderungen des europäischen Asylrechts sind in Italien nicht gewährleistet. Auch das VG Freiburg hat bereits am 18.4.2011 eine vom Regierungspräsidium verfügte Überstellung nach Italien aufgrund unzumutbarer materielle Aufnahmebedingungen aufgehoben. [Mehr Informationen](#)

UNO rügt Deutschland für Umgang mit Flüchtlingen

Wie "die tageszeitung" (taz) am 22. Mai berichtete, übte der Sozialausschuss der Vereinten Nationen in seinem Abschlussbericht für 2010 harte Kritik am Umgangs Deutschlands mit Asylsuchenden. Diese würden keine angemessenen Sozialleistungen erhalten, lebten in überfüllten Unterkünften, hätten keinen Zugang zum Arbeitsmarkt und könnten lediglich auf medizinische Notfallversorgung zurückgreifen. [\[diesen Artikel weiterlesen\]](#)

Zahl der Abschiebungen konstant (hoch)!

Wie aus einer Antwort der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 17/5460) auf eine Kleine Anfrage der MdB Ulla Jelpke (LINKE) „Abschiebungen im Jahr 2010“ (BT-Drs. 17/5278) hervorgeht, ist die Zahl der von Deutschland vorgenommenen Abschiebungen, Zurückweisungen (=Einreiseverweigerung an der Grenze), Zurückschiebungen (=bei Aufgriffen unerlaubt Eingereister in Grenznähe) und Überstellungen (nach Dublin II-Verordnung) konstant hoch. Demnach wurden im Jahr 2010 insgesamt 18.821 Menschen wieder aus dem Land befördert, gegenüber 20.639 in 2009 und 16.662 im Jahr 2008. Die Summe der verhängten Zwangsgelder ist auf 1.577 Mio. Euro gestiegen (durchschnittlich 1.500 Euro pro Person). 226 Personen wurden in 2010 bei Sammelabschiebungen ausgewiesen. 19 Abschiebemaßnahmen wurden von FRONTEX koordiniert. (2009:13). Bei 220 Personen scheiterte die Abschiebung wegen Widerstandshandlungen, aus medizinischen Gründen oder wegen Weigerung des Flugzeugführers oder des Zielstaats. Dies ist ein deutlicher Rückgang zu 2009 (280) und 2008 (377). Die Gesamtkosten für Abschiebungen belaufen sich in 2010 auf 4,9 Mio Euro (2009: 6,2 Mio.; 2008: 7,2 Mio.) In Baden-Württemberg laufen die meisten Ausweisungen über den Flughafen Stuttgart. Im Jahr 2010 wurden 548 Personen vom Airport Stuttgart abgeschoben, zurückgeschoben oder zurückgewiesen, damit steht Stuttgart auf Platz 5 aller Abschiebeflughäfen (zum Vgl: Karlsruhe/Baden: 257). Die weitaus meisten Ausweisungen laufen in Deutschland über den Flughafen Frankfurt a.M.

Aktualisierte Dokumentation zu den tödlichen Folgen der deutschen Flüchtlingspolitik

Vor kurzem erschien die [18. aktualisierte Ausgabe der Dokumentation "Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen"](#). Seit 1993 dokumentiert die Antirassistische Initiative Berlin die häufig tödlichen Auswirkungen des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus auf die Flüchtlinge in Deutschland. Kleine Kostprobe: 180 Flüchtlinge starben auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 131 an den deutschen Ost-Grenzen, 2 Personen trieben in der Neißة ab und sind seither vermißt. 160 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 62 Menschen in Abschiebehaft, 922 Flüchtlinge verletzten sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 541 Menschen in Abschiebehaft, 5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und 407 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt, 32 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode...

Neue Kampagne für (Flüchtlings-)Kinderrechte

Anlässlich des Internationalen Kindertages am 1. Juni starten über 40 Organisationen gemeinsam die Kampagne „Jetzt erst Recht(e) für Flüchtlingskinder!“. Ziel der Kampagne "Jetzt erst Recht(e) für Flüchtlingskinder" ist es, ein Jahr lang mit kreativen Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit und politischem Druck Gesetzesänderungen und konkrete Verbesserungen für Flüchtlingskinder in Deutschland zu erreichen. Denn obwohl die Bundesregierung im Juli 2010 offiziell den seit 18 Jahren bestehenden Vorbehalt zur UN-Kinderrechtskonvention zurückgenommen hat, werden Flüchtlingskinder im Vergleich zu Kindern mit

deutschem Pass weiterhin massiv benachteiligt, unter anderem in der Gesundheitsversorgung, bei Schul- und Berufsbildung, Arbeitsmöglichkeiten, Bewegungsfreiheit sowie der Möglichkeit mit ihrer Familie oder Verwandten zusammen zu wohnen.

[Zum Positionspapier der Kampagne.](#) Mehr auf www.jetzterstrechte.de

Ausstellung zur Save-Me-Kampagne

Der Münchner Flüchtlingsrat hat vor kurzem seine umfangreiche und informative [Ausstellung zum Thema Resettlement, Aufnahme von Flüchtlingen und Save-Me-Kampagne online](#) gestellt. Sie kann dort entliehen werden.

Neue Dokumente und Materialien

- [ZAR 4/2011 \(Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik\)](#). u.a. mit einem ausführlichen Bericht über die Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht 2011. Leider sind die Artikel dieser Zeitschrift nicht im Internet verlinkt.
- Informationsverbund Asyl&Migration (Hg.) (2011): [Asylmagazin 5/2011](#). U.a. mit einem Beitrag von Klaudia Dolk über die Bedeutung der Grundsatzentscheidung des EGMR in Sachen Rücküberstellungen nach Griechenland
- [Maria Bethke; Dominik Bender \(2011\): Zur Situation von Flüchtlingen in Italien](#). 36 Seiten, herausgegeben vom Flüchtlingsrat Berlin und von Pro Asyl, als Druckfassung zu bestellen bei Pro Asyl
- Deutsches Rotes Kreuz (2011): Positionspapier Leben in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität. Neuerscheinung Mai 2011. Zweisprachig Deutsch und Englisch. Auch als [PDF zum Download](#) erhältlich.
- Bayerischer Flüchtlingsrat (Hg): [Hinterland 16/2011](#). Schwerpunktthema: Sortieren. U.a. mit Beiträgen über das AsylbLG, Frontex, Menschenhandel, Dublin-II, "Ethnopluralismus", Rassismus in Russland usw. Wir sind wieder mal klein ohne Hut angesichts dieses geistigen und grafischen Höhenflugs, aber nur, wenn die Bayern-Kollegen das hier lesen...
- Und hier noch der Link zum aktuellen [Pro Asyl Newsletter Nr.170](#) (Mai 2011)

3. AKTUELLE TERMINE

gemeinsam für die Rechte von Flüchtlingen in Baden-Württemberg - Aktionen in den Landkreisen. [Zu den ausführlichen Berichten über diese Aktionen](#)

Noch kommende Veranstaltungen:

Do, 9. Juni: Hardheim / Neckar-Odenwaldkreis - [Hearing "Gute Unterbringung für Flüchtlinge - auch im NOK?"](#)

Do, 17. Juni: Holzbachtal / Enzkreis - Informations-Besuch mit Lokal-Politikern

Mo, 20. Juni: Sinsheim, Rhein-Neckar-Kreis - Informations-Besuch mit Lokal-Politikern

Di, 21. Juni: Witthoh, Landkreis Tuttlingen - Informations-Besuch mit Lokal-Politikern

Fr, 24. Juni: Villingen-Schwenningen - Aktion in der Innenstadt

Sa, 25. Juni: Freiburg - Konzert mit Roma-Band, 20.00 Uhr.

Samstag, 25. bis Sonntag 26. Juni | Stuttgart | Feuerwehrhaus Heschl

Theaterworkshop mit Flüchtlingen (nach Augusto Boal)

Veranstalter: Student/innen der Unis Stuttgart und Hohenheim. In Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg. Nähere Infos über unsere Geschäftsstelle. Aufführung beim "Sommerfestival der Kulturen" geplant.

Donnerstag, 30. Juni | Tübingen | Universität

Aktion "Essenskisten weg" - [zu Programm und Informationen](#)

Kochaktion der Aktion Asyl Tübingen beim "nachhaltigen Hochschultag"

Freitag, 1. Juli bis Sonntag 3. Juli 2011 | Bad Boll, Evangelische Akademie | 9.30 - 17.00 Uhr

Tagung "**Afghanistan: Der Krieg, der Abzug, unsere Verantwortung**" - [zu Programm und Anmeldung](#)

Veranstalter: Evangelische Akademie Bad Boll in Kooperation mit Pax Christi, Ohne Rüstung Leben, IPPNW, Ev. Landeskirche

Di. 12. bis So. 17. Juli | Stuttgarter Marktplatz

Sommerfestival der Kulturen - [zu Programm und Informationen](#)

voraussichtlich auch mit einem Infostand des Flüchtlingsrats

Di. 12. und Do 20. Juli | Friedrichshafen | Bleiben mit Arbeit - Vernetzte Hilfen am Bodensee

Fortbildung "Aufenthaltsrecht und Sozialrecht für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge

mit Volker Maria Hügel und Claudius Voigt von der [GGUA](#) - [zu Programm und Informationen](#)

Veranstalter: Berufliches Fortbildungszentrum der Bayer. Wirtschaft (bfz) gGmbH, Müllerstraße 14, 88045 Friedrichshafen:

In Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Samstag, 16. Juli 2011 | Friedensgemeindehaus, Schubartstraße 14, Stuttgart | 9.30 - 17.00 Uhr

Plenum & Tagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Inhaltlicher Schwerpunkt: Der Wechsel beginnt: Neue Landesregierung - neue Politik für Flüchtlinge

Impulsreferat durch Joseph Cassar, Jesuitenpater und Flüchtlingssozialarbeiter auf Malta

Programm-Informationen und Anmeldung auf der Webseite ab 15. Juni

Freitag, 9. September bis Sonntag 11. September 2011 | Bad Boll, Evangelische Akademie | 9.30 - 17.00 Uhr

Tagung "**Untrügliche Zeichen der Veränderung - Chancen für eine neue Flüchtlingspolitik**"

Veranstalter: Evangelische Akademie Bad Boll in Kooperation mit Ev. Akademie Baden, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und Stiftung Pro Asyl

Samstag, 26. November 2011 | Friedensgemeindehaus, Schubartstraße 14, Stuttgart | 9.30 - 17.00 Uhr

Plenum & Tagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Inhaltlicher Schwerpunkt: Neue Bleiberechts-Regelung / Projekte zur arbeitsmarktlichen Integration von Flüchtlingen / Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim

Überregionale Termine

Donnerstag, 9. bis Samstag, 11. Juni | Berlin

Antirassistische Aktionstage "abolish"

Flüchtlingskonferenz, Vernetzungskonferenz zur Fortsetzung der abolish-Kampagne Demo am 11. Juni (Pariser Platz).

Nicht gebührenpflichtig! [Mehr Informationen](#)

Montag, 20. Juni bis Dienstag, 21. Juni | Berlin, Frz. Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt

11. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz - 60 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention

Gebührenpflichtig! [Mehr Informationen](#)

Freitag, 15. bis Sonntag 17. Juli 2011 | Würzburg, Akademie Frankenwarte

Fortbildung "**Flüchtlinge brauchen Schutz - aber wie? Einführung in die Asylarbeit von amnesty international**"

Gebührenpflichtig! [Mehr Informationen](#)

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Redaktion: Andreas Linder, Angelika von Loeper

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter "[Archiv / E-Mail-News](#)" sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende [Formular](#) ebenfalls auf unserer Website.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von



Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930